

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 744) betreffend Nein zum flächendeckenden Parkpickerl in Wien (Zahl 22 - 544) (Beilage 782).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Nein zum flächendeckenden Parkpickerl in Wien, in seiner 14. Sitzung am Mittwoch, dem 19. Mai 2021, beraten.

Landtagsabgeordneter Markus Ulram wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Markus Ulram den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Ewald Schneckner stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Ewald Schneckner gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Nein zum flächendeckenden Parkpickerl in Wien, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Ewald Schneckner beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 19. Mai 2021

Der Berichterstatter:
Markus Ulram eh.

Der Obmann:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 19. Mai 2021

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 544, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen für Wien-PendlerInnen

Die Strategie der Wiener Stadtregierung, langfristig weniger an PKW-Verkehr im Wiener Stadtraum zuzulassen ist aus Sicht des Klimaschutzes und des möglichen Gewinns an Lebensqualität durch frei sowie nutzbar werdende Stadtflächen durchaus nachvollziehbar. Eine negative Auswirkung auf burgenländische PendlerInnen dieser Maßnahme ist nicht von der Hand zu weisen. Mitunter bestehen für die burgenländischen PendlerInnen keine alternativen Möglichkeiten und sie sind auf ihren PKW angewiesen.

Das Land Burgenland ist über den Verkehrsverbund Ostregion (VOR) und über die Planungsgemeinschaft Ost (PGO), beides gemeinsame und koordinierende Einrichtungen der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, stets vorab in Planungsprozesse sowie Vorhaben mit länderübergreifenden Auswirkungen eingebunden und hat im Rahmen der politischen und finanziellen Möglichkeiten auch Spielraum für entsprechende systemische Adaptionen, beispielsweise Zusatzbestellungen im Öffentlichen Verkehr. Über den VOR ist auch eine länderübergreifende Planung des öffentlichen Verkehrs sichergestellt, die auf die Bedürfnisse aller Nutzergruppen eingehen kann.

So wurden nicht zuletzt die Bahnverbindungen aus dem Burgenland nach Wien in den letzten Jahren sukzessive verdichtet und das Angebot attraktiviert. Mittlerweile gibt es auf burgenländischen Bahnstrecken ein Angebot im Stundetakt, bzw. im Halbstundentakt in der Hauptverkehrszeit.

Für alle PendlerInnen nach Wien mit Hauptwohnsitz im Burgenland gibt es darüber hinaus bereits seit einigen Jahren die WIPARK-Garagenaktion. Dabei kann ein günstiger Stellplatz in derzeit 15 ausgewählten Garagen gemietet werden, immer mit Anbindung zu einer S-Bahn oder U-Bahn-Station. Darüber hinaus kann auch durch einen Ausbau der Park&Ride-Anlagen seitens der ÖBB eine Entlastung der Verkehrssituation und des Parkplatzmangels in Wien erzielt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die die WIPARK-Garagenaktion fortzuführen und mit den Ländern Wien und Niederösterreich unter Einbindung der Verkehrsbetriebe weiterhin gemeinsam an langfristigen wirksamen Lösungen zu arbeiten, die einerseits die bestehenden Pfade zur Reduktion der CO₂-Emissionen berücksichtigen, andererseits aber den PendlerInnen aus den ländlichen Regionen nach Wien attraktive, leistbare sowie vertretbare Angebote und Möglichkeiten für ihre Mobilitätsbedürfnisse bieten.